

Schweiz: Bischof Huonder sieht Religionsfreiheit gefährdet

Wer die katholische Lehre öffentlich vertritt, riskiert in den Augen von Vitus Huonder Diskriminierung. Ein Vertreter von Pink Cross taxiert die Klage des Churer Bischofs als Rechtfertigung für frühere Entgleisungen.



Da ist die Ärztin, die sich aus Gewissensgründen gegen die Abtreibung stellt. Dort die Lehrerin, die im Gespräch unter Kollegen die Sexualmoral der katholischen Kirche verteidigt. Hier der Mann, der einen Leserbrief gegen die «Ehe für alle» verfasst. Vitus Huonder listet diese drei Beispiele in seinem aktuellen Wort zum Tag der Menschenrechte auf. Der Churer Bischof kommt zum Schluss, dass man mit solchen Haltungen diskriminiert und gesellschaftlich ausgegrenzt werden könne. Er schreibt: «Auch in unseren Regionen, auch in innerkirchlichen Strukturen, besteht ein gesellschaftlicher Druck in Fragen der Weltanschauung und der Religion, welcher das Menschenrecht auf Gewissens- und Religionsfreiheit beschneidet.»

In ganz Westeuropa gebe es derzeit eine «höfliche Christenverfolgung», wie es Papst Franziskus nenne.

In diese Kategorie fällt zum Beispiel die Geschichte von Felix Ngole. Der Student wurde von einer Schule in der englischen Stadt Sheffield ausgeschlossen, weil er auf Facebook geschrieben hatte, die Homosexuellen-Ehe widerspreche der Lehre der Bibel. Ngole ist kein Einzelfall. Die Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung der Christen hat für das vergangene Jahr 500 Fälle von Intoleranz gegenüber Christen in ganz Europa dokumentiert – von physischen Angriffen bis hin zum Schulausschlüssen à la Ngole.

Droht auch hierzulande Gläubigen, die unverdünnt und öffentlich die Lehre der katholischen Kirche verteidigen, soziale Ächtung? Ist es schlecht bestellt um die Religions- und Gesinnungsfreiheit? Christian Ineichen, Präsident der CVP des Kantons Luzern, äusserte sich im vergangenen Frühling in den sozialen Medien pointiert gegen die Ehe für alle und die Adoption von Kindern durch Homosexuelle. Sein Tweet lautete: «Mann + Frau: Geht. Frau + Frau: Geht irgendwie. Mann + Mann: Geht nicht.»

In der Folge geriet Ineichen in einen Shitstorm und erhielt sogar Drohungen. Der CVP-Politiker sagt: «Ich fühlte mich vielleicht nicht gerade sozial ausgegrenzt. Wenn man aber nicht die vorherrschende Meinung teilt, setzt man sich einem heftigen Sturm aus.»

Ganz unrecht habe Huonder nicht. Es brauche Mut, dem Mainstream entgegenzutreten. Ineichen erfuhr in zahlreichen Mails und Telefonaten Zustimmung für seine Haltung. In den sozialen Medien brachen aber nur vereinzelt Personen eine Lanze für dessen Recht auf Meinungsfreiheit.

«Rechtfertigung für Entgleisungen»

Michel Rudin ist Copräsident des Schwulenverbandes Pink Cross. Er bekundet keine Mühe damit, wenn jemand argumentiert, er lehne die Ehe für alle aus katholischer Sicht ab. Dass Personen, die eine solche Meinung anständig äussern, bisweilen mit einem Shitstorm in den sozialen Medien konfrontiert werden, kritisiert er: «Die Gesellschaft darf Personen, die von der vermuteten Mehrheitsmeinung abweichen, nicht diskriminieren.»

Huonders Worte taxiert Rudin indes als eine Art «Rechtfertigung für vergangene Entgleisungen». Der Pink-Cross-Copräsident denkt etwa an die Kontroverse, die Huonder auslöste, als er vor drei Jahren an einem Vortrag in Fulda folgende Stelle aus dem Alten Testament zitierte: «Schläft einer mit einem Mann, wie man mit einer Frau schläft, dann haben sie eine Gräueltat begangen; beide werden mit dem Tod bestraft; ihr Blut soll auf sie kommen.» Unter Applaus der Zuhörer ergänzte der Churer Bischof: «Die beiden Stellen allein würden genügen, um der Frage der Homosexualität aus der Sicht des Glaubens die rechte Wende zu geben.»

Für Rudin ist klar: «Ausgerechnet im Wort zum Tag der Menschenrechte lenkt Huonder mit seinen Ausführungen zur Gesinnungs- und Religionsfreiheit davon ab, dass er gegen Homosexuelle gehetzt hat.»

«Papst suchte den schnellen Applaus»

Auch Papst Franziskus hat in der jüngsten Vergangenheit nicht dazu beigetragen, das Image der katholischen Kirche als tolerante Organisation zu stärken. Zuerst verglich er Abtreibung mit «Auftragsmord». Dann qualifizierte er Homosexualität als «Modeerscheinung» und sagte, Schwule sollten nicht Priester werden dürfen. Dabei war der Argentinier zu Beginn seiner Amtszeit beliebt in linksliberalen Kreisen, weil er etwa in Fragen der Migration, Umwelt oder sozialen Gerechtigkeit entsprechende Positionen vertrat.

Bischof Huonder, sagt CVP-Präsident Gerhard Pfister, treffe mit seiner Analyse im Wort zum Tag der Menschenrechte einen Punkt. «Er unterschlägt aber, dass der aktuelle Papst diese Situation selbst etwas herbeigeführt hat.»

Man habe immer übersehen, dass Franziskus in gesellschaftspolitischen Fragen sehr restriktiv sei. «Er suchte den schnellen Applaus in der Flüchtlingsfrage und enttäuscht nun diejenigen Kreise, die ihn hoch lobten und meinten, er sei in allen Fragen dem Mainstream folgend.»

Ganz unschuldig an den manchmal harschen Reaktionen sind die konservativen christlichen Kreise nicht. Daniel Regli, OK-Präsident des «Marsch fürs Läbe», beleidigte Homosexuelle öffentlich auf tiefstem Niveau. Der oberste Katholik, Papst Franziskus, giesst selber Öl ins Feuer, wenn er Abtreibungen mit Auftragsmord vergleicht. Auch Vitus Huonder hat sich schon im Ton vergriffen, als er eine homophobe Passage aus dem Alten Testament zitierte. Einem konstruktiven Dialog in der Auseinandersetzung um ethische Fragen dient das nicht. So wie man in den Wald ruft, schallt es heraus.